

**Protokoll:**

Zu den Fragen des Werkausschusses nimmt Herr Adler vom Amt 10/IT-Management wie folgt Stellung:

Die Möglichkeiten der elektronischen Bürgerauthentifizierung zur Nutzung der digitalen Verwaltungsangebote sind weiterhin in der Öffentlichkeit wenig bekannt und müssen in Zukunft stärker beworben/kommuniziert werden. Von Seiten der Stadtverwaltung Koblenz soll hierzu unter anderem der Webauftritt verbessert werden. Hauptverantwortlich sollte hier allerdings das Land tätig werden.

Die o.g. Bürgerauthentifizierung mittels eID ersetzt nach aktuellem Stand nicht eine qualifizierte elektronische Signatur. Diese ist allerdings für die Kommunikation der Bürger mit der Verwaltung über die virtuelle Poststelle (= Bestandteil des Nutzerkontos) Voraussetzung. Eine qualifizierte Signatur erhält ein Bürger i.d.R. nur über kostenpflichtige Anbieter. Um diese Hürde für die Bürger abzubauen, soll in Abstimmung mit dem Land geprüft werden, ob die eID Funktionalität zukünftig anstelle der Signatur ausreichend sein kann.

Nach derzeitigem Stand ist der gesetzlich festgeschriebene OZG-Umsetzungstermin (31.12.2022) in Rheinland-Pfalz (und auch bundesweit) nicht zu halten. Dies ist allen Entscheidungsträgern jedoch auch bewusst. Gründe hierfür sind unter anderem das langwierige Ausschreibungsverfahren (Europaweite Ausschreibung, welche am Ende eineinhalb Jahr gedauert hat) sowie mangelnde Personalressourcen beim Landesbetrieb Daten und Information (LDI). Die Nichteinhaltung des Umsetzungstermins hat keine direkten Sanktionen zur Folge, ist jedoch ein nicht eingehaltenes Versprechen seitens der Bundespolitik. Unmittelbar somit zumindest ein Imageschaden.